

# BERLINER RUNDSCHAU

SONDERAUSGABE

Sonderausgabe Okt. 2008 34. Jahrgang

CDU Landesverband Berlin • Wallstraße 14 A • 10179 Berlin



## Frank Henkel und Monika Grütters für einen Neuanfang im Team



**Kein Sparer muss  
sich fürchten -  
versichert die  
Bundeskanzlerin**

Seite 2



**Politik ist ein  
Mannschaftssport**  
Die Neuausrichtung  
der CDU Berlin

Seite 3



**Volksbegehren  
läuft gut an**  
6 Gründe für  
Wahlfreiheit

Seite 4

# Kein Sparer muss sich fürchten

**Fast täglich überschlagen sich Meldungen von Bankenpleiten und Milliardenverlusten. Die Krise an den internationalen Finanzmärkten beunruhigt auch viele deutsche Bankkunden. Wie sicher ist das Ersparte noch? „Kein Sparer muss um seine Einlagen fürchten“, betont Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und räumt allen Spareinlagen in Deutschland eine weitreichende Garantie ein.**



Angesichts der zunehmenden Verunsicherung bekräftigte die Bundeskanzlerin vor kurzem noch einmal die Garantieerklärung der Bundesregierung: „Diese Erklärung gilt“, versicherte Merkel. Die Garantie umfasst sämtliche privaten Einlagen auf den Spar-, Termin- und Girokonten

deutscher Banken und damit ein Geldvermögen von mehr als einer Billion Euro. Zusätzlich beschloss die Bundesregierung ein Rettungspaket für die deutschen Banken. Sämtliche Maßnahmen der Regierung dienen nicht der „Rettung von Institutionen als Selbstzweck“, sondern „dem Funktionieren unserer Wirtschaft und vor allem den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land“, erklärte Merkel. Das Ziel müsse nun sein, „das verloren gegangene Vertrauen in unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wiederherzustellen“.

In diesem Zusammenhang forderte der Vorsitzende der

CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, bessere Kontrollen: „Grenzenlose Geldgier dürfen wir nicht zulassen. In diesem Sinne muss die Bankenaufsicht neu organisiert werden.“ Darüber hinaus müssten die Banken, die nun staatliche Hilfe erhalten, mit massiven Einschränkungen rechnen. „Überall dort, wo wir etwas tun, werden wir auch das Vergütungssystem der Führungsetage verändern“, versicherte Kauder. Deutschland hatte bereits während seiner G-8-Präsidentschaft auf schärfere Regeln für die Finanzmärkte gedrungen. Damals waren die Vorschläge am Widerstand der USA gescheitert. Vor diesem Hintergrund kündigte Merkel an, Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) werde in Kürze in die USA reisen, um sich dort erneut für stärkere Regulierungen einzusetzen. „Deutschland wird mit dieser Forderung an der Spitze stehen“, unterstrich die Kanzlerin.

Außerdem gelte es, darauf zu achten, dass das Finanzsystem selbst die richtigen Anreize setze, indem beispielsweise die „einseitige Fokussierung“ der Banken auf kurzfristige Unternehmensstrategien künftig verhindert werde, betonte Merkel. Es gehe nicht an, dass Kredite erst nach Jahren fällig würden, die Bonuszahlungen aber kurzfristig gezahlt würden, ohne zu wissen, wie sich der Kredit überhaupt entwickle. Auch müsse man „in dieser Situation kritisch hinterfragen, ob die Bankenauf-

Aufgaben gerecht geworden ist“, so Merkel, „wir brauchen eine vorausschauende Aufsicht, die sich aufbauende Fehlentwicklungen rechtzeitig erkennt und die dann auch handelt.“

Die Finanzkrise biete aber auch die Chance, besser zu verstehen, dass auf der einen Seite Freiheit und auf der anderen Seite Ordnung keine Gegensätze seien, sondern dass sie in der sozialen Marktwirtschaft zusammengehörten, so die Regierungschefin weiter. „Wir wollen die menschliche soziale Marktwirtschaft. Das ist eine Marktwirtschaft, die dem Menschen und dem Einzelnen dient“. In den nächsten Wochen und Monaten müsse es darum gehen, Vertrauen zurückzugewinnen und zu stärken. Denn Vertrauen sei die Währung, in der gezahlt wird.

## Arbeitslosenzahlen: Drei-Millionen-Marke geknackt

Wie das Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (ISNM) ermittelte, sinkt die Erwerbslosenquote im Oktober 2008 auf den niedrigsten Stand seit 16 Jahren. Die Drei-Millionen-Marke ist geknackt.



# „Politik ist ein Mannschaftssport“

Mehr Mitgliederversammlungen, ein kleinerer Landesvorstand, der CDU-Fraktionsvorsitzende Frank Henkel als Landesvorsitzender und Monika Grütt-



ters an seiner Seite als Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl. Das sind, kurz zusammengefasst, die Vorschläge, die der Landesvorstand der CDU Berlin in der Woche nach dem überraschenden Rücktritt des bisherigen Landesvorsitzenden Ingo Schmitt an die Hauptstadtunion macht.

Nach dem im Landesvorstand unter der Leitung des Landesvorsitzenden Joachim Zeller und des Generalsekretärs Bernd Krömer (beide kommissarisch, oben im Bild) beschlossenen Papier, sollen in den

## CDU Berlin gewinnt Mitglieder

Gemäß der zentralen Mitgliederverwaltung der CDU Deutschlands hat die CDU Berlin im September ihre Mitgliederstärke um 45 steigern können. Am 31. August 2008 betrug demnach die Mitgliederzahl 12.523 und stieg jetzt, zum 30. September, auf 12.568. Der kommissarische Landesvorsitzende Joachim Zeller erklärt dazu: „Dies ist ein erfreuliches Zeichen, das zeigt, dass die Berlinerinnen und Berliner trotz der schlechten Schlagzeilen der letzten Wochen ein gutes und berechtigtes Grundvertrauen in die Berliner Union haben. Mit den in der Perspektivkommission gefundenen Lösungen bin ich zuversichtlich, dass wir dieses Vertrauen verstärkt ausbauen können.“

kommenden Wochen auf regionalen Mitgliederversammlungen die Vorschläge breit und offen diskutiert werden. Danach sollen durch einen Kleinen Landesparteitag noch vor den Nominierungen zum Bundestag und Europaparlament die kommissarisch bekleideten Ämter wieder durch eine Wahl besetzt werden.

Frank Henkel betonte: „Mit ist eine breite Aufstellung der Berliner Union ebenso wichtig wie eine breite Diskussion mit den Mitgliedern darüber. Das Angebot steht. Ich will hart dafür arbeiten, dass 2011 der rot-rote Senat abgelöst werden kann. Durch die schnelle Lösung der Führungskrise wollen wir als Hauptstadt-Union auch ein gutes Ergebnis bei den Europa- und Bundestagswahlen 2009 erzielen, um so unseren Beitrag zu leisten, dass Angela Merkel wieder Bundeskanzlerin wird.“ Henkel weiter: „Politik ist für mich keine One-Man-Show, sondern ein Mannschaftssport. Der Teamgedanke ist mir ganz wichtig. Es geht jetzt darum, aus dem Einbruch einen Aufbruch für die Ber-



liner CDU zu machen. Das ist gemeinsam zu schaffen.“

Monika Grütters, die als Henkels Stellvertreterin mit herausgehobener Funktion im Vorschlag des Landesvorstandes vorgesehen ist und auch als Spitzenkandidatin die Berliner CDU-Kandidaten in die nächste Bundestagswahl führen soll, ergänzt: „Parteiführung hat auch eine Befriedigungsfunktion. Wir denken, dass wir gemeinsam stärker sind als einer allein. Beide zusammen haben wir die Hoffnung integrierend zu wirken. Frank Henkel ist in der Berliner Landespartei vernetzt und verankert.



Ich selber kann aus der Bundesperspektive Impulse setzen. In dieser gegenseitigen Ergänzung sehen wir die Erfolgchancen. Politik muss versöhnen und ein solches Angebot wollen wir der Berliner CDU jetzt machen.“

Ebenfalls diskutiert werden sollen Überlegungen zur strukturellen Ausrichtung des Landesverbandes. So soll der Landes-

vorstand ein Präsidium analog zu Regelungen der Bundespartei erhalten und die Zahl der Stellvertreter auf maximal 4 Personen verringert werden. Um eine ergebnisorientierte Arbeit zu gewährleisten, soll der gewählte Landesvorstand dann aus höchstens 15 Mitgliedern bestehen. Die Mitglieder der CDU Berlin sollen stärker in die Entscheidungsfindung einbezogen

werden. Es wird daher einmal jährlich eine landesweite Mitgliederversammlung geben. Mindestens einmal jährlich finden regionale Mitgliederversammlungen statt.

Für Kreisverbände mit geringerer Mitgliederzahl wird das Mitgliederprinzip empfohlen. In der Landesgeschäftsstelle wird darüber hinaus sichergestellt, dass die östlichen Kreisverbände von allen administrativen Dingen der Partearbeit entlastet sind. Dies umfasst: Mitgliederverwaltung, Einladungswesen, Postversand, Buchhaltung, Beitrags- und Spendenverwaltung.

# Für FREIE WAHL stimmen

Anders als in anderen Bundesländern ist Religion an Berliner Schulen kein ordentliches Lehrfach. Nirgendwo sonst werden Schülerinnen und Schüler, die am Religionsunterricht teilnehmen, verpflichtet, zusätzlich einen religiös ungebundenen Ethik – oder Philosophieunterricht zu besuchen. Diese Situation will die Initiative „Pro Reli“ mit einem Volksbegehren für die Wahlfreiheit zwischen Ethik- und Religionsunterricht ändern.

Bereits in der ersten Stufe des Volksbegehrens konnte „Pro Reli“ 34.472 gültige Unterschriften sammeln. Das sind über 14.000 Unterschriften mehr als erforderlich waren. Der Vorsitzende von „Pro Reli“, Dr. Christoph Lehmann, zeigt sich auch für den weiteren Verlauf des Volksbegehrens optimistisch: „Mithilfe der

beiden größten Organisationen in Berlin, der evangelischen und der katholischen Kirche, und der Unterstützung der jüdischen Gemeinde, vieler Moslems und von Parteien und engagierten Berlinerinnen und Berlinern schaffen wir auch die für die zweite Stufe des Volksbegehrens erforderlichen rund 170.000 Unterschriften.“

Die zweite Stufe des Volksbegehrens hat am 22. September 2008 begonnen und dauert bis zum 21. Januar 2009. „Pro Reli“ sammelt auf Straßen, bei Gemeindefesten und verschiedenen Veranstaltungen Unterschriften. Daneben können die Berlinerinnen und Berliner ihre Unterschriften im Bürgeramt abgeben. Die Unterschriftenbögen können auch auf der Homepage von „Pro Reli“ ([www.pro-reli.de](http://www.pro-reli.de)) oder beim Landeswahlleiter ([www.wahlen-berlin.de](http://www.wahlen-berlin.de)) heruntergeladen werden. Sind bis zum 21. Januar 2009 mindestens 170.000 gültige Unterschriften gesammelt, kommt es zum Volksentscheid. Ist dieser ebenfalls erfolgreich, sind das Abgeordnetenhaus und der Senat dazu verpflichtet, den alternativen Gesetzesentwurf vollständig umzusetzen. Die CDU Berlin unterstützt das Volksbe-

gehren zusammen mit vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen und fordert die Berlinerinnen und Berliner auf, ihre Stimme für die „FREIE WAHL! Zwischen ETHIK und RELIGION“ abzugeben.



BILD, 14.10.2008

## 6 Gründe für Wahlfreiheit

### Frei Wählen

Jeder soll frei wählen können. Zwischen Ethik, evangelischer, katholischer, islamischer und jüdischer Religion oder atheistischem Weltanschauungsunterricht. Ein Zwangsfach Ethik für alle bedeutet Bevormundung. Diese ist gerade in einer weltoffenen Stadt wie Berlin unangebracht.

### Grundrechte auch in Berlin

Artikel 7 des Grundgesetzes garantiert den Schülern und Eltern das Recht auf die Entscheidung über die Teilnahme am Religionsunterricht. Er regelt zugleich, dass Religion ordentliches Lehrfach an den öffentlichen Schulen ist. Diese Bestimmung gilt ausgerechnet in der deutschen Hauptstadt nicht. Berliner Schülerinnen und Schüler sollen nicht weniger Rechte haben als ihre Alterskameraden in anderen Bundesländern.

### Berlin ist multikulturell

Berlinerinnen und Berliner genießen die kulturelle Vielfalt ihrer Stadt. Nur die Wahlfreiheit nimmt jeden in seinem kulturellen und religiösen Wurzeln ernst. Sie gibt jeder Schülerin und jedem Schüler die Möglichkeit, etwas über die eigenen religiösen und damit auch kulturellen Wurzeln zu lernen. Gerade in Berlin ist daher Wahlfreiheit besonders wichtig.

### Besseres gemeinsames Lernen

Respekt und Toleranz gegenüber anderen erfordern, dass man etwas über den eigenen Glauben und die eigene Weltanschauung weiß. Wer wirklich etwas über die eigenen Wurzeln weiß, wird dies in den übrigen Unterricht einbringen können. Und in fast allen anderen Schulfächern werden alle Kinder gemeinsam unterrichtet. Darüber hinaus sieht auch unser Gesetzesvorschlag im Rahmen der Fächergruppe Ethik/Religion Kooperationen und selbstverständlich auch gemeinsame Unterrichtseinheiten vor.

### Werte auch für kleine Kinder

Bislang gibt es ein verpflichtendes, sich mit Werten beschäftigendes Fach erst in der Oberschule. Ein solcher Unterricht sollte ab der 1. Klasse verpflichtend sein. Kinder brauchen so früh wie möglich die Chance, ein eigenes Wertesystem zu entwickeln und Orientierung zu erhalten.

### Kultur verstehen

Religion gehört zur Kultur, zur Kultur unseres Landes, aber auch zur Kultur und persönlichen Geschichte eines jedes Einzelnen. Die Beschäftigung mit Religion verbessert daher auch kulturelles Verständnis.



Foto Pro Reli